



**Gesamtpersonalrat für das Land
und die Stadtgemeinde Bremen**



Gesamtpersonalrat Knochenhauerstr. 20/25 28195 Bremen

Senatorin für Finanzen
Frau Bürgermeisterin
Karoline Linnert
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen

Auskunft erteilt
Ina Menzel

Telefon (0421) 361 **89451**
Fax (0421) 496 **2215**

E-Mail
gesamtpersonalrat@gpr.bremen.de
Internet
www.gesamtpersonalrat.bremen.de

Datum und Zeichen
Ihres Schreibens

Unser Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)
9-05 Me/Hr/Schn

Bremen, 29. Januar 2013

Stellungnahme des Gesamtpersonalrats für das Land und die Stadtgemeinde Bremen zur Ausbildungsplanung 2013

Sehr geehrte Frau Linnert,

der Gesamtpersonalrat bedankt sich für die Übersendung des Entwurfs der Senatsvorlage zur Ausbildungsplanung 2013 und nimmt wie folgt Stellung.

Auch in diesem Jahr sinkt die Zahl der geplanten Einstellungen von Auszubildenden. Der Gesamtpersonalrat bedauert dies. Angesichts der zunehmenden Arbeitsverdichtung für die Kolleginnen und Kollegen im bremischen öffentlichen Dienst durch anhaltenden Personalabbau bei gleichbleibenden und teilweise sogar zusätzlichen Aufgaben halten wir stattdessen einen Ausbau des Personals und damit deutlich höhere Ausbildungszahlen für notwendig.

Es ist nur der Schaffung zusätzlicher Plätze für das einjährige Berufspraktikum der Erzieherinnen und Erzieher zu verdanken, dass der Rückgang gegenüber dem Vorjahr gering ausfällt. Der Gesamtpersonalrat begrüßt, dass die Anzahl der Plätze für Erzieherinnen/Erzieher im Anerkennungsjahr auf 105 steigen soll. Damit wird dem erhöhten Bedarf Rechnung getragen.

Der Rückgang der Ausbildungsplätze nach dem Berufsbildungsgesetz beim Aus- und Fortbildungszentrum ist jedoch bedenklich. Dies gilt umso mehr, als diese Ausbildungsplätze in den unterschiedlichen Berufen auch nach Ihrer Auffassung der Nachwuchsgewinnung für die bremische Verwaltung dienen.

Auch die Anzahl der Plätze für das Anerkennungspraktikum für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter darf keinesfalls zurückgefahren werden. Zahlreiche Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in den Sozialdiensten werden in den Ruhestand wechseln. Neue Bedarfe an Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern entstehen beispielsweise in den Schulen. Dem muss mit einer entsprechenden Anzahl an Plätzen für das einjährige Anerkennungspraktikum begegnet werden.

Der Gesamtpersonalrat ist erfreut, dass in diesem Jahr 36 Ausbildungsplätze für Verwaltungsfachangestellte bereitgestellt werden. In den vergangenen Jahren konnte der Bedarf der

Dienstgebäude
Knochenhauerstr. 20/25
III. Etage
28195 Bremen

Bus/Straßenbahn
Haltestellen Schlüsselkorb/
Am Wall/ Herdentor

Seite 1 von 2
Telefon (Auskunft): (0421) 361 2215

 nach telefonischer Absprache

Dienststellen an ausgebildeten Kräften aufgrund der niedrigeren Ausbildungszahlen nicht abgedeckt werden. Wir begrüßen daher die Konsequenz, die Zahl der Ausbildungsplätze zu erhöhen.

Die geplante Einstellung von 26 Verwaltungsinspektor-Anwärterinnen und -Anwärtern wird den Bedarf der bremischen Verwaltung nicht decken. Der Verweis auf die Einstellung von extern ausgebildeten Kräften zur Deckung des darüber hinaus bestehenden Bedarfs ist trügerisch, da es zunehmend schwieriger ist, entsprechend qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber zu gewinnen.

Die gesundheitliche Belastung der Kolleginnen und Kollegen im Justizvollzug ist sehr hoch (Schichtdienst, Arbeiten hinter Gittern, Umgang mit schwierigen Menschen in schwierigen Lebenslagen). Eine Entlastung durch neue Kolleginnen und Kollegen ist dringend erforderlich. Die Wiederaufnahme der Ausbildung im Justizvollzugsdienst begrüßen wir daher ausdrücklich. Der Gesamtpersonalrat bezweifelt jedoch, dass die geplanten 12 Ausbildungsplätze zur Abdeckung des Personalbedarfs reichen.

Die kontinuierliche Fortsetzung der Ausbildung in der Steuerverwaltung sehen wir positiv. Die Anzahl der Ausbildungsplätze reicht jedoch nicht, um die in den nächsten Jahren zu erwartenden Abgänge zu ersetzen. Die Einnahmeverwaltung wird durch eine solche Entwicklung geschwächt.

Die Ausbildungszahlen für den Polizeibereich sind aus unserer Sicht ebenfalls nicht ausreichend. Gerade bei den physischen und psychischen Anforderungen an die Polizei ist eine kontinuierliche Einstellung junger Menschen wichtig. Dazu kommt auch in diesem Bereich die zunehmend größere Konkurrenz (auch innerhalb des öffentlichen Dienstes) um die geeigneten Bewerberinnen und Bewerber.

Keine wirkliche Verbesserung hat es nach Kenntnis des Gesamtpersonalrats bei den verfügbaren Ausbilderinnen und Ausbildern (das gilt auch für die Anleiterinnen und Anleiter im Rahmen der Anerkennungspraktika) gegeben. Der Gesamtpersonalrat macht daher erneut darauf aufmerksam, dass zusätzliche Anstrengungen erforderlich sind, um gute Ausbilderinnen und Ausbilder zu gewinnen und ihre Bereitschaft und Möglichkeit zur Ausbildung dauerhaft zu halten.

Die Fortführung und Weiterentwicklung von Maßnahmen zur Rekrutierung und Integration von jungen Menschen mit Migrationshintergrund in den bremischen öffentlichen Dienst ist auch aus Sicht des Gesamtpersonalrats ein wichtiges Anliegen. Es muss personell und finanziell angemessen abgesichert werden.

Angesichts der demografischen Entwicklung sind geeignete Maßnahmen zu treffen, um insgesamt die Attraktivität des Landes und der Stadtgemeinde Bremen als Ausbildungsbetrieb zu erhöhen. Nur durch die rechtzeitige Gewinnung guter Auszubildender wird es in Zukunft möglich sein, angesichts der massiven Personalabgänge und geringer werdenden Schulabgängerzahlen die Arbeitsplätze in der bremischen Verwaltung zu besetzen.

Wir bitten Sie, diese Stellungnahme dem Senat zur Kenntnis zu geben.

Mit freundlichen Grüßen



Doris Hülsmeier
Vorsitzende